

Zur Sitzung der Bezirksvertretung Wieden am 23. September 2021 stellt der Klub der sozialdemokratischen Bezirksrätinnen und Bezirksräte nachstehende

Gegen-Resolution

betreffend

Gegen steigendes Verkehrsaufkommen

Die Bezirksvertretung Wieden spricht sich dafür aus, dass Entscheidungen über große überregionale Infrastrukturkonzepte wie den Lobau-Tunnel zu keiner Erhöhung des Verkehrsaufkommens auf der Wieden führen dürfen.

Begründung

Anfang Juli kündigte Verkehrsministerin Gewessler an, alle Straßenbauprojekte Österreichs „evaluieren“ zu lassen. Wie von Klimaschutzorganisationen wie Greenpeace und auch „Fridays for Future“ kritisch angemerkt, blieb für die Öffentlichkeit völlig intransparent, nach welchen Kriterien geprüft werden soll. Kurz nach der Ankündigung der Evaluierung gab die Umweltministerin allerdings grünes Licht für den Ausbau der S10 in Oberösterreich und begründete dies mit der Entlastung der Gemeinden vom Durchzugsverkehr.

Eine von der letzten Stadtregierung beauftragte, international besetzte ExpertInnengruppe kam zum Ergebnis, dass für eine Eindämmung des Autoverkehrs in ganz Wien unabhängig von der Entscheidung über den Lobautunnel die begleitenden Maßnahmen zum Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs (auch aus dem Wiener Umland) und eine flächendeckende Parkraumbewirtschaftung entscheidend seien. Ein Verzicht auf Lobautunnel und Stadtstraße würde aber einerseits zu anhaltend steigender Verkehrsbelastung in den Ortskernen von Aspern und Essling führen, v.a. aber die Stadtentwicklung erheblich bremsen. Die Behinderung der Stadterweiterung mit relativ dichter urbaner Verbauung würde nach Einschätzung der ExpertInnengruppe zu einer klimaschädlichen Zersiedelung des Wiener Umlands mit starkem Bodenverbrauch und einem damit verbundenen drohenden Verkehrsanstieg durch Wien und damit wohl auch durch die Wieden führen.



Bezirksorganisation Wieden

Lobautunnel und Stadtstraße wurden auch während zehn Jahren grüner Verantwortung im Wiener Planungs- und Verkehrsressort vorangetrieben, weil sie für die Wiener Stadtentwicklung und -erweiterung als notwendig erachtet wurden. Bei der nunmehr erfolgenden Evaluierung wäre daher besonders zu prüfen, welche konkreten alternativen Infrastrukturmaßnahmen des Bundes die von der ExpertInnengruppe befürchteten negativen Auswirkungen einer Absage des Lobau-Tunnels entgegenwirken würden. Eine Absage ohne derartige, mit der Stadtregierung akkordierte und durch den Bund zu finanzierende Alternativkonzepte drohen erst recht zu einer Steigerung des Autoverkehrs nach Wien beizutragen.